

Transkription der Bürgeranfragen

Ratssitzung vom 24. Juni 2013

Ralf Beyer: Herr Ratsvorsitzender, meine Damen und Herren, wie können wir den gesellschaftlichen Zusammenhang in Deutschland fördern? Mit dieser Frage haben sich im Jahre 2011 auf Initiative des Bundespräsidenten und der Stiftungen Bertelsmann und Nixdorf die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Bürgerforums „Forum“, des Bürgerforums in Braunschweig sowie der Bürgerforen in anderen 24 Städten befasst und dabei sind Handlungsvorschläge entwickelt worden, die sich zum Teil an den Gesetzgeber, zum Teil aber auch unmittelbar an die Kommune wenden.

Herr Lehmann hatte die Veranstaltung eröffnet und die Wichtigkeit von Mitwirkung, demokratischen Strukturen und Einflussnahme durch die Bürgerinnen und Bürger auf die Politik betont. Aus diesem Bürgerforum sind dann sechs Handlungsvorschläge entwickelt worden, von denen vier unmittelbar die Kommune Braunschweig betreffen. Ich werde zu den Inhalten dieser Handlungsvorschläge nichts sagen, aus zeitlichen Gründen, aber die Themen kurz verlesen, weil die Verwaltung ja darüber Bescheid weiß. Die Themen lauteten

- 1.) Solidarität und Gerechtigkeit, dann Demokratie und Beteiligung, dann Familiäre Lebensformen und Integration.

Dies vorausgeschickt, frage ich die Verwaltung:

Welche Ergebnisse haben Sie zu diesen vier Themen 1, 2, 3 und 4 erzielt und wie haben Sie die Handlungsvorschläge des Bürgerforums 2011 – innerhalb von 2 Jahren – umgesetzt?

Helmut Blöcker: Danke, Herr Beyer, für die Frage – die Antwort erfolgt durch den ersten Stadtrat Lehmann.

Carsten Lehmann: Ja, sehr geehrter Herr Beyer, ich beantworte Ihre Einwohneranfrage wie folgt. Das am 14.05.2011 vorgestellte Braunschweiger Bürgerprogramm in dem Rahmen das vom ehemaligen Bundespräsident Christian Wulf mit der Bertelsmannstiftung und der Nixdorf-Stiftung initiierten

Bürgerforums 2011 erarbeitet wurde, enthält neben einigen Vorschlägen zur Kommunalpolitik überwiegend Vorschläge, die sich an die Bundes- und Landespolitik richten. Zusätzlich zur erfolgten Veröffentlichung für alle Braunschweigerinnen und Braunschweiger auf den städtischen Internetseiten wurde das Programm daher neben den Mitgliedern des Rates seinerzeit auch den damaligen Braunschweiger Bundes- und Landtagsabgeordneten zugeleitet, damit diese die gegebenenfalls die Vorschläge in ihre politische Arbeit einfließen lassen können. In der Anfrage wird nach den Ergebnissen der Umsetzung für vier der sechs Themen des Bürgerforums bei der Stadt Braunschweig gefragt, unter Nennung von Auszügen aus dem Bürgerprogramm für die jeweiligen Lösungsvorschläge aufgezeigten Umsetzungsmöglichkeiten. Hierzu ist im Einzelnen Folgendes anzumerken:

Thema Solidarität und Gerechtigkeit: Der Lösungsvorschlag lautete: „Alle Einkünfte zur Sozialversicherung heranziehen“. Der Vorschlag selbst als auch die hierfür aufgezeigte Umsetzungsmöglichkeit einer Bürgerversicherung zum Beispiel über eine Enquetekommission des Bundestages oder eine Bürgerversammlung zu realisieren ist nicht kommunale Aufgabe, sondern Aufgabe der Bundesgesetzgebung.

Thema Demokratie und Beteiligung: Der Lösungsvorschlag lautete: „Rahmenbeteiligung zur Bürgerbeteiligung herstellen“. Bei der Stadt Braunschweig davon gibt es unabhängig von den für das Bürgerprogramm erarbeiteten unter anderem den Vorschlag: diverse Beispiele und Formen der Bürgerbeteiligung von denen einige nach Versammlungen unter anderem zu den Themen ECE Schlossarkaden, Flughafenausbau Waggum, bei einigen Themen Bürgerbefragung zum Beispiel zum Ausbau des Eintracht-Stadions bis hin zu Sprechstunden in den Stadtbezirken oder in regelmäßigen Einwohnerfragestunden.

Thema familiäre Lebensformen. Der Lösungsvorschlag lautete: „ Akzeptanz für familiäre Lebensformen stärken“. Hierzu sollen die Kommunen als zentrale Koordinierungsstellen Familienbüros einrichten, unter anderem beschäftigten Familien Betreuungsaufgaben neben ihrer Beraufsausübung zu erleichtern. Diese Zielsetzung wird in der Stadtverwaltung mit einer Vielzahl von Auskunfts- und Beratungsstellenmöglichkeiten erfüllt, die in familiären Kontexten beraten und vermitteln, um nur einige zu nennen: Infothek, Auskunfts- und Beratungsstelle des Fachbereichs 51 im Hauptgebäude Eiermarkt 4-5 und im Dienstgebäude Campestraße 7. Baby-Familienbesuchsdienst der Abteilung Fachbereich 51.1. Familien mit Neugeborenen werden besucht und breitgefächert über Familienunterstützung und Hilfsangebote informiert. Der Stelle ist auch die Aufbau- und Ausbauarbeit der Netzwerke Kinderschutz und Frühhilfe zugeordnet. Das ehemalige Koordinierungszentrum Kinderschutz vermittelt an Projekte usw. und der Kundenservice Beratung und Platzvermittlung in der Kinderbetreuungsangelegenheiten der Abteilung 51.3, Kindertagestätten. Der Lösungsvorschlag und die aufgezeigten Handlungsansätze im Bürgerprogramm waren insofern für die Stadt nicht völlig neu.

Thema Integration. Der Lösungsvorschlag lautete: Schule als Begegnungsraum ausgestalten. Eine Umsetzungsmöglichkeit wurde in der Förderung von Begegnungsräumen für den interkulturellen Austausch gesehen. Für die Stadt Braunschweig hat das Thema Integration einen hohen Stellenwert und dieses bereits seit Jahren. Dies verdeutlichen unter anderem die lange Tradition der Beteiligung des seit 1988 existenten Ausschusses für Integrationsfragen, das Büro für Migrationsfragen als eigens geschaffene Organisationseinheit im Sozialreferat der Stadt Sozialverwaltung und viele Beispiele der erfolgreichen Integrationsarbeit. Zum Beispiel Förderung ausländischer Vereine, Förderung von Nachbarschaftstreffs und Stadtteilläden als niederschwelliges Angebot. Dauerhafter und enger Kontakt insbesondere mit Vertretern islamischer Religionsgemeinschaften und vieles andere. Letztes erfolgreiches Beispiel für die Förderung von Begegnungsräumen unter anderem für den interkulturellen Austausch durch die Stadt Braunschweig ist das am 25. Mai 2013 am Nordbahnhof eröffnete Haus der Kulturen Braunschweig e.V., das einen Rahmen für die gemeinsame Weiterentwicklung für Vielfalt, soziale gesellschaftliche Teilhabe und Integration bietet.

Helmut Blöcker: Herr Beyer, Sie haben eine Zusatzfrage.

Ralf Beyer: Herr Lehmann, vielen Dank für Ihre Antwort. Es kommt mir vor, dass wir wohl auf verschiedenen Veranstaltungen gewesen sein müssen. Zum Thema Demokratie und Beteiligung steht hier ausdrücklich in gedruckten Exemplaren der Empfehlung: Ein Gremium für Bürgerbegehren soll gebildet werden, das ausschließlich Kontakte und Zeiträume für eine Bürgerbeteiligung und das Kontakt mit Politikern herstellt. Das Gremium wird gebildet, sobald sich ein Thema stellt, das schwierig zu entscheiden ist und das die Bürgerinnen und Bürger betrifft. Angesichts der Ergebnisse, die Sie vorgestellt haben: Wie beurteilen Sie die Motivation der Bürgerinnen und Bürger – Blöcker: Können Sie ins Mikrofon sprechen, bitte – Ja, ich wiederhole: Angesichts der Ergebnisse, die Sie vorgestellt haben, frage ich: Wie beurteilen Sie die Motivation der Bürgerinnen und Bürger an einer derartigen Veranstaltung noch einmal teilnehmen zu wollen?

Helmut Blöcker: Danke, Herr Beyer, für die Zusatzfrage, Herr Lehmann, bitte.

Carsten Lehmann: Ja, sehr geehrter Herr Beyer, es ist natürlich relativ schwierig, das genau zu prognostizieren, wie eine mögliche Motivation sein würde, wenn man eine ähnliche Veranstaltung noch einmal wieder aufleben lassen würde. Ich glaube, die Resonanz bei der ersten Veranstaltung von 2011 war eher durchwachsen. Wir hatten ja einen Einladungskreis von gut 400 Bürgerinnen und Bürgern damals gehabt und hatten eine Beteiligungsquote von ungefähr 25-30 Prozent, wenn ich so das so richtig in Erinnerung habe. Inwiefern dann die Beteiligung bei einem neuen Bürgerforum auch mit anderen Themen

durchaus natürlich dann sein würde hängt sicherlich auch dann von den Themen ab. Es ist damals schon ein relativ hoher Aufwand gewesen diese Veranstaltung mit zu organisieren. Wir waren damals ja nur Mitveranstalter, weil ja der Schwerpunkt bei den Stiftungen gelegen hat. Wir würden ja eine ähnliche Veranstaltung dann nur mit einem deutlich größeren Aufwand selber organisieren müssen, weil wir dann auf die Zuarbeit durch die Stiftungen nicht mehr zurückgreifen könnten. Von daher müsste man sehr selektiv natürlich erstmal sehen, dass es ein Thema wäre, was erst mal grundsätzlich schon viele Bürgerinnen und Bürger anspricht. Was das sein mag, kann ich Ihnen jetzt so aus der Lameng so nicht sagen. Es gibt sicherlich verschiedene Ansätze, ob es ein soziales, ein kulturelles Thema oder ein ganz anderes Thema ist, das würde man dann sehen. Also, wie gesagt, es hängt ein bisschen davon ab, welches Thema gewählt würde um dann eben halt einen eher größeren oder kleineren Kreis zu sehen, der dann möglicherweise auch kommen würde, ich muss aber, wie gesagt, darauf noch hinweisen, dass alleine die Vorarbeit und die organisatorische Vorbereitung erhebliche Kräfte hier bei der Stadt binden würde. Deshalb muss man eben halt vorher genau gucken welches Thema sich dazu wirklich anbietet.

Kai Florysiak: Vielen Dank, Herr Lehmann. Besonderen Dank natürlich an die Bürgerinnen und Bürger für die Fragen. Einen schönen Abend noch.